

Verkaufsstelle  
Anstalts mit Anstalts- und  
Gemein- und Pensions-  
Anstaltspreis  
Anstalts 60 J., 1/2 Jährl. 1.50 J.  
Anstalts 10 J., 1/2 Jährl. 80 J.  
"Die Neue Welt"  
(Anstaltspreis), durch  
die Post bezogen 1.50 J.  
Anstalts 10 J., 1/2 Jährl. 80 J.

# Volksblatt

Interaktionsgebühr  
beträgt für die 5gepaltenen  
Beitragende oder deren Raum  
16 J. für Wohnungs-,  
Bereits- und Veranlagungs-  
anfragen 10 J.  
Interaktion für die fällige  
Kammer müssen spätestens bis  
vornmittags 10 Uhr in des  
Expedition aufgegeben sein.  
Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste unter Nr. 6848.

Offizielles sozialdemokratisches Organ  
für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Böhlbergasse.  
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle-Saale.  
Wotto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 234. Halle a. S., Donnerstag den 5. Oktober 1893. 4. Jahrg.

## Kundschau.

Das „Bayerische Vaterland“ des Dr. Sigl schreibt: Der sozialdemokratische Antrag im bayerischen Landtage auf Vorlage eines neuen Wahlgesetzes befindet sich nach Form und Inhalt unabweisbares parlamentarische Geschäft. Die Herren haben den Boden, auf dem sie getreten sind, genauer studiert als die „patriotischen“ Placemänner, die sich die Blamage holten, daß ein von der Abgeordnetenkammer gefaßter Beschluß in der Reichstagskammer als formell unzulässig bezeichnet werden mußte. Der Antrag ist ebenso taktisch äußerst glücklich als geeignet, die beiden großen Parteien in Verlegenheit zu setzen. Die Sozialdemokraten verstehen ihr Geschäft, und wenn die „alten“ Parlamentarier der „Patrioten“ überhaupt noch etwas lernen könnten, wäre hier etwas für sie zu gewinnen. Inhaltlich ist die Berechtigung des sozialdemokratischen Antrags über allen Zweifel erhaben. Die letzten Landtagswahlen beruhen hauptsächlich, namentlich in der Urwahlbezirkseinteilung auf einer geradezu monströsen juristischen Fiktion, die aufrecht zu erhalten nicht ein Unrecht, sondern ein Verbrechen ist. So berechtigt der Antrag nur auch ist, so ansichtslos ist er andererseits. Unglücklich, aber wahr! Man wird sich seitens der liberal-patriotischen Mehrheit kein um den Antrag herumdrücken und sagen, daß die Sache nicht dringlich sei, indem bis zu den nächsten Wahlen noch sechs Jahre vergehen. Diese Würde ist die einfachste und bequame, zugleich aber auch die perfideste. Denn ein geheimes Unrecht gut zu machen, soll man sich möglichst weilen — so lehrt christliche Moral.

Die „Frankf. Bzt.“ sagt: Der Wahlgesetzentwurf der sozialdemokratischen Abgeordneten ist so, daß ihn jeder wirklich liberale Mann unterschreiben kann. Man können die Liberalen zeigen, ob es ihnen mit ihren Versprechungen vor den Wahlen Ernst war. Aber auch die Liberalen wollen jetzt die Probe auf ihre festgesetzte Behauptung, sie wollten das allgemeine direkte Wahlrecht, bestehen. Die Zuweisung der ersten Priorität der Wahlkreiseinteilung auf die Regierung ist entscheidend glücklich und praktisch. Eine gesetzliche Wahlkreiseinteilung läßt sich bei den auseinandergehenden Parteinteressen der beiden großen Kammergruppen absolut nicht schaffen. Eine Reform des Wahlrechts im Sinne des sozialdemokratischen Antrags ohne gesetzliche Wahlkreiseinteilung ist hundertmal besser als keine Reform. Doch aber nicht gerade hier die Liberalen furchtlich einbinden? Die Liberalen werden wahrscheinlich auch ihr Häßchen finden, denn sie fürchten das allgemeine direkte Wahlrecht. Scheinbar stürmte das auch den Liberalen zu gute, aber die Liberalen fürchteten vor dem Sozialdemokraten und fürchteten jetzt den Fronteure und Revolutionäre gegen die Partei im eigenen Lager.

Wozu die Religion gut ist. Die Religion ist sehr notwendig und soll als Hauptgegenstand in der Schule behandelt werden, damit die Leute mit diesem Troste noch der Sozialdemokratengefahr widerstehen können;

denn wenn man an keine Ewigkeit mehr glauben würde, müßte es schlecht ausfallen für die Reichen, indem die Armen auch gern den Himmel auf der Welt hätten.“

In welchem Blatte kam dieser köstliche Satz wohl gestanden haben? Natürlich kam nur ein sozialdemokratisches Blatt solche profane Ansichten äußern. Weit vom Schutze, lieber Leser, — es ist ein streng christliches Blatt, der „Graz“, „Sonntagsbote“ (Nr. 26 1893), der vorwiegend in Bayernverbreitung macht. Unter Grazers Bruderblatt, der „Wachbater“, meint zu diesem Lapsums: „Conderbar! Bisher wurde uns immer gepredigt, die Religion sei notwendig, um den Menschen vor der Hölle zu bewahren, und der Glaube an die „Ewigkeit“ sei notwendig, um das Himmelreich zu gewinnen; jetzt aber proklamiert der pfäffliche „Sonntagsbote“ auf einmal, die Religion sei notwendig, um die Bauern vor der Sozialdemokratie zu bewahren, und der Glaube an die „Ewigkeit“ sei notwendig, um die Reichen davor zu schützen, daß sie ihren Himmel auf Erden mit ihren unterdrückten Brüdern teilen müssen! Jetzt sage uns aber einer, wozu denn eigentlich wirklich die Religion notwendig ist! Doch Spaß beiseite! Wir erklären, daß es uns sehr angenehm berührt hat, als der „Sonntagsbote“ in obiger Weise aus der Hölle fiel und klipp und klar zu erkennen gab, daß er und seine Hintermänner die Religion, den Glauben nur als Werkzeug benötigen, um die heutigen elenden Zustände und die Klassen-gegenstände zwischen hungernden Millionen und prästenden Willkürern aufrecht zu erhalten: um den von den Steuern, für welche die kirchlichen Bauernfreunde stets gestimmt haben und stimmen werden, aufzufressenden Bauern, die durch die noblen Jagdpositionen der frommen Adligen und nichtadeligen Grundbesitzer unermesslichen Schaden leiden, noch einzureden, sie müßten eifrig beten, um der „Sozialdemokratengefahr“ zu entgehen.“

Aus demselben Blatte wollen wir den Lesern noch eine weitere Sitprobe vorlegen. Der „Sonntagsbote“ ist nämlich über die österreichische Wahlrechtsbewegung sehr erobert. Seinem Grimm macht er in derselben Nummer, welche den obigen Herzenserguß enthält, wie folgt Luft:

„In Wien fanden am Sonntag, 27. August, mehrere sozialistische Verammlungen statt. Auf einer verlangte man das allgemeine direkte Wahlrecht, nach welchem jeder fünf- und zwanzig jährige Fabrikjunge (!!) genau soviel Wahlrecht hat, wie der steuerzahlende Grundbesitzer und der Schloßherr.“

Der christliche Nächstenlieber findet es nämlich für unerhörte, daß der Arbeiter, der seit Kindesbeinen sein Brot mit seiner Hände Arbeit verdient, das gleiche Wahlrecht haben soll wie der Schloßherr, der nie einen Finger zur Arbeit rührt und von dem Schweize hundertet von Bauern und Tagelöhnern schllemmt und profit. Was die „Fabrikjungen“ betrifft, so werden sie dem „Sonntagsboten“ samt den Schloßherren und Geldhais schon noch Respekt und Achtung einzuwirken wissen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten im bayerischen Abgeordnetentage arbeiten schnell. Aus München wird gemeldet: Eben hat die sozialdemokratische Gruppe im Landtag eine Interpellation, die Soldatenmishandlungen betreffend, eingebracht.

Wittlicheres. Das „Köln. Tagebl.“ berichtet: Ein nach Weiel zur Uebung eingezogener Meliorist aus Gelsenkirchen, bisher unbestraft, erhielt, so berichtet das zitierte Blatt, wegen Sprechens im Glicke drei Tage Mißlaß, welche er nach Ablauf der Uebung abzugeben hatte. Vor Abführung in den Arrest erhält derselbe von seinen Kindern eine Depesche, daß seine Frau gestorben ist, und bittet den Hauptmann hierauf um Vorzeigung der Depesche um Urlaub, welcher rundweg abgelehnt wird. Erst Sonnabend nachmittags gegen 4 Uhr wird derselbe, nachdem von der Polizeibehörde in Gelsenkirchen telegraphisch nach dem Verbleibe des Mannes angefragt wird, entlassen und kommt 6,20 abends fahren, während seine Frau 3 Uhr nachmittags begraben worden ist. Dies erzählte der Beobachterswerte mit Thränen in den Augen in einer Restauration in Weiel, wo er auf den Zug wartete. — Die „Volkszeitung“ nennt dieses Vorkommnis ein Seitenstück zu dem Fall Reus. Der Unterschied in den beiden Fällen liegt nur darin, daß es sich dort um einen Sozialdemokraten handelte, hier aber der Betroffene mit der Sozialdemokratie anscheinend nichts zu thun hat. Nun, in der Brutalität unterscheiden sich die beiden Fälle jedenfalls nicht.

Die Antifemiten und die säkularisierten Landtagswahlen. Im ersten Gemisier Landtagswahlkreise sind die sogenannten „vereinigten Ordnungsparteien“ vor den Antifemiten ins Aueloch gedrungen. Man hatte ursprünglich beabsichtigt, an Stelle des kammerfortschrittlichen Fabrikanten Giche den nationalliberalen Kommerzienrat Gulden als Kandidaten in Vorschlag zu bringen; da aber die antifeminitischen Deutschsozialen unbedingt an der Kandidatur des Rentenanwalts Hufschorn festhalten, so haben die Ordnungsparteien auf die Aufforderung des Herrn Gulden, natürlich nur aus Furcht vor den Sozialdemokraten, verzichtet. Nationalliberaler und Konservativer wollen nunmehr für den Antifemiten eintreten. Mannesmutige Seelen — diese „Ordnungsmänner“.

Aus Stuttgart wird unterm 2. Oktober berichtet: In seiner heutigen Plenarsitzung beschloß das Generoberggericht, an den Bürgerausschuß die Bitte zu richten, für Unentgeltlichkeit des Arbeitsamtes einzutreten, da eine Gebührenehebung die Arbeiter mit Mißtrauen gegen das Arbeitsamt erfülle.

Zur Verurteilung in Straffachen wird gemeldet: Die Lösung der Frage, ob die Entscheidung über die Verurteilung in Straffachen den Oberlandesgerichten oder den Landgerichten zu übertragen ist, hängt zunächst davon ab, wie sich der Finanzminister zu der Angelegenheit stellt. Bis jetzt ist Positives darüber noch nicht bekannt. — Vom Finanzminister wird es wohl, das wollen wir glauben, ab-

## Das Diamantange.

Roman von Elie Werthe.

(Nachdruck verboten.)

Der eine von ihnen fragte den Chef in französischer Sprache und mit scheinbar verstellter Stimme: „Was haben Sie mit der Stahlfabrik gemacht, die ein Reisender im Zimmer der fünften Etage verpuffen hat?“ — „Ach! Davon sprechen Sie?“ fragte Bidouret mit mehr Festigkeit, als man von ihm in seiner kritischen Lage erwarten durfte. „Also wegen der verdammten Kaffeetasse bereiten Sie uns so viel Ungeheueres. Lassen Sie mich schnell wieder in das Dienstzimmer hinaufsteigen, um die Bewegung der Katerne zu kontrollieren und dann werde ich Ihnen sofort antworten.“ — „Sprechen Sie! Sprechen Sie!“ erwiderte der andere Kassenbrenner. Dieser alte Einfallspinsel läßt uns unsere Zeit verlieren“ fügte er ungeduldig, mit dem Fuße aufstehend, hinzu. Sein Gesicht mahte ihm daran, sich zu mägen. „Gut!“ rief Marianne. „Ich hatte wohl Recht, zu behaupten, daß die englischen Schurken dieselben von damals waren. Aber diesmal, Ihr Schnapshäpchen wird man Euch zur Verurteilung bringen; man wird die Kanonen von Cherbourg losen lassen, um Euch damit anzusputtern.“

Bidouret erwiderte: „Meine Herren Engländer! Der Dienst ruht nicht; es ist Zeit, das Unrecht aufzuheben, welches die Umkehrung der Lampen treibt. Wenn die Katerne stehen bleibt, bedeutet Sie doch die Unglücksfälle, die daraus entstehen können! Die Schiffe auf dem offenen Meere finden sich nicht mehr zurecht und an unseren gefährlichen Küsten kann man selbst bei richtigem Wetter Gefahr laufen. Das kann sowohl einem englischen, als auch einem französischen Schiffe passieren, hier zu scheitern.“

Der Kassenbrenner, welcher vorher gesprochen, wendete sich ihm wütend zu; er hielt einen scharf geschliffenen Dolch

in der Hand und setzte denselben dem Chef an die Kehle. „Kommen wir zu Ende?“ rief er. „Wo ist die Stahlfabrik?“

Antworten Sie, oder Sie sind des Todes!“ Ein Schredenstrahl aller Gesessenen durchhallte die Luft. Bidouret sah ein, daß er sich fügen mußte. „Töten Sie mich nicht, mein Herr“, rief er mit Entsetzen. „Ich will Ihnen ja Antwort geben! Diese Kaffeetasse — ich habe sie nicht mehr.“ — „Wo ist sie?“ — „Hör: Sie war lange Zeit hier gewesen; um sie jedoch an einen sicheren Ort zu bringen, habe ich sie vor ungefähr vierzehn Tagen in meine Wohnung zu Plouhabel befördert, und ich werde sie nur ihrem Eigentümer, wenn er kommt, um sie persönlich abzuholen, wieder ausshändigen.“

Der Fragende schien äußerst verdrießlich. „Ist das auch wirklich wahr?“ fragte er. — „Ich nehme dafür unsere heilige Jungfrau von Karan, Saint Michel und alle Heiligen des Paradieses als Zeugen und ich bin unfähig, einen solchen Eid zu brechen.“ Der englische Chef dachte einige Minuten nach. Darauf ließ ein eigentümliches Wächeln seine weißen Zähne durch die schwarzen Lippen durchblicken.

„Gut, woherer Mann!“ erwiderte er. „Würden Sie in einer feierlichen Weise erklären, diesen Gegenstand nur seinem Verlierer ausshändigen?“ — „Warum nicht? Ich werde selbst einem Schurken gegenüber ein rechtsoffener Mann bleiben und wenn dieser Engländer, Mr. Tom Sandos stäme, um die Kaffeetasse zu reklamieren, so würde ich sie ihm überliefern.“ — „Und Sie wollen ihm keine Falle bereiten? Sie werden den Aufstellungen von irgend jemand, der sich der Kaffeetasse, deren Inhalt von großem Werte ist, bemächtigen wollte, widerstehen?“ — „Sei soberer den Inhalt ist, umsoherer werde ich meinem Verpfehlen treu bleiben. Mr. Tom Sandos kann sich bei mir in Plouhabel einfinden und obgleich er ein Schuft ist, werde ich ihm ehrlieh sein Eigentum überliefern. Aber nur ihm allein; verleben Sie?

Nur ihm allein!“ — „Wären Sie bereit, sich durch einen Eid zu binden?“ — „Gern! Aber unter der Bedingung, daß Sie uns befreien, mich und die anderen und daß Sie sich schleimigst zurückziehen.“ — „Ich nehme es an. Schwören Sie!“

Bidouret wiederholte den Eid, den er vorher abgelegt hatte. „Das war zu Ihrem Glücke. Aber wann kann man sich in Plouhabel bei Ihnen einfinden?“ — „In zwei Tagen wird mein Dienst zu Ende sein, dann lehren meine Tochter, mein Schwiegerohn und ich auf das Festland zurück. Am dritten Tage nach dem heutigen also wird dieser englische Herr kommen können und man wird sehen, ob ich ein guter Christ bin!“ — „Einverstanden! Tom Sandos wird kommen.“

Die übernommene Verpflichtung des Chefs verurteilte bei seinen Gefährten eine gewisse Unzufriedenheit und man sprach zu ihm leise, jedoch in eindringlicher Weise. Aber der Chef ludte die Schulter und ein widerer Trost bligte aus seinen Augen. Marianne sagte zu Bidouret in tadelndem Tone: „Aber Vater! Sie können Sie dergleichen Sachen beschwören? Dieser Tom Sandos ist ein Räuber, ein Bandit, ein Kuechel-mörder, welcher auch beabsichtigt hatte, Herrn von Harcourt zu ermorden.“ — „Trotzdem ist die Kaffeetasse sein Eigentum!“ erwiderte der Bretone eigenfönnig. „Das ist mir bekannt und darum habe ich geschworen.“ — „Aber ich habe nichts beschworen“, murmelte Leopold, „und ich werde Revanche nehmen!“

Obgleich diese Worte zu leise ausgesprochen wurden, um verstanden werden zu können, schien der Chef der Bande deren Sinn erraten zu haben. Er blickte mit haßerfüllter Miene auf Leopold und gab seinen Leuten einen Befehl in englischer Sprache. Dieselben bemächtigten sich alsbald des Unglücklichen und schickten sich an, ihn aus dem Leuchtturm herauszubringen. Leopold verteidigte sich energisch.

(Fortsetzung folgt)

bängen, ob die Verfügung überhaupt eingeführt wird, d. h. nämlich, ob das nötige Geld dazu vorhanden ist. Aber die Frage, ob die Verfügungen des Oberlandesgerichtes oder der Landgerichte zu übertragen sind, ist jedenfalls dem Finanzminister gleichgültig. Es handelt sich wohl um den Kostenpunkt überhaupt, das Mehr oder Weniger spielt dabei keine große Rolle.

**Ihren Geistlichen zu boykottieren** durch Nichtbezug seiner Sermonie empfiehlt die Berliner „Volkszeitung“ den Mitgliedern der Kirchengemeinde Seifersdorf, Jänschendorf und Petersdorf in Schlesien. Nach dem „Viegniger Anzeiger“ betragen nämlich 800 Mitglieder dieses Kirchspiels an Stelle ihres verstorbenen Geistlichen einen Pastor Schade. Dieser war aber dem Patronatsherrn und zwei Großgrundbesitzern nicht genehm, weshalb drei Personen gegen die außerordentliche Mehrheit des Kirchspiels stimmten, und da die Stimme des Patronatsherrn mehr gilt als die aller Mitglieder der Kirchengemeinde, so wurde Herr Schade nicht ange stellt. Nun macht die „Volkszeitung“ den letzteren folgenden originalen Vorschlag:

„Die 800 Wähler Schades sollten unserer Meinung nach den Fall anders erleben. Mögen sie ruhig einen Geistlichen nach dem Geschmack des Patrons und der beiden Herren Großgrundbesitzer in Seifersdorf einzeln lassen. Da sie zum Kirchenbesuch nicht gezwungen werden können, so haben sie das volle Recht, einen ihnen nicht genehmen Geistlichen bei seinen Predigten mit dem Herrn Patron und den beiden Großgrundbesitzern allein in der Kirche zu lassen. Sie mögen ihn unterdes an schönen Sonntagsvormittagen im Freien erholen. Die Umgehungen von Seifersdorf, Jänschendorf und Petersdorf ist sehr schön.“ Der Vorschlag ist zu überflüssig. Würde er acceptiert, so würden die Kirchspielmitglieder ebenfalls gar bald die Bemerkung machen, daß sie nicht nur nichts einbüßen, sondern daß sie gegen früher auch bei weitem besser fahren. Also man fröhlich protestieren!

**Zur Wiener Anarchistenmaße** schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“: Bomben und Höllemaße, Druckpresse und Flugblätter — den Speisbüchern überläßt eine Gänsehaut, wenn er in seinem Heißblut beim Morgenkaffee das kocht. Aber glücklicherweise nicht jeden Speisbücher; so weit haben wir es auch in Österreich schon gebracht, daß, wo eine Waage so klar auf der Hand liegt, wie bei der letzten „Entdeckung“ der großen Gefahr, sich wenigstens nicht alle ins Loch vertiefen und nach Ausnahmungsregeln und Polizei schreiben. Bomben und Höllemaße, ja sogar die „Hacker“ zum Tragen der Bomben wurden „entdeckt“. So oft die Regierungsmacht der bürgerlichen Staatsmänner aus dem letzten Loch pfeift, dann stellen sich Bomben und Höllemaße ein, und die Zeitungsschreiber sind immer bereit, den Rapport von der Polizei abzuzeichnen und ein Lauges und Breites als Daraufgabe dazu. Die bürgerliche Erziehung ist danach angehan, daß sich immer einige arme Teufel von Proletariern finden, die wie die Gimpel auf den Leim gehen, der ihnen von Leuten entgegengestrichelt wird, die im letzten Augenblick noch immer zu verbusten wissen. Auch bei der letzten Entdeckung haben sich rechtzeitig zwei aus dem Staube gemacht. Wer mögen wohl diese sein?“

Verliebte Wiener Blätter folportieren die Nachricht, daß die Regierung die Absicht habe, nachdem das Parlament den Prager Ausnahmungsantrag bewilligt haben werde, auch über Wien den Ausnahmungsantrag zu verhängen! Unter Wiener Parteiblättern ist aber anderer Ansicht, welche es in den nachfolgenden Sätzen zusammenfaßt: Die Nachricht hat gerade in der Zeit des Anarchistennurms einen ganz eigentümlichen Beigeschmack. Trotzdem glauben wir kein Wort davon! Nicht als ob wir an dem guten Willen der Regierung zweifeln würden (die Prager Melbung führt direkt die „sozialistische Bewegung“ als Grund an), wieder einmal die sozialdemokratische und die gewerkschaftliche Organisation zu zerrüttern. Wie schön wäre es, statt mißsam Zeitungen fönszieren zu müssen, ihr Ergründen überhaupt verbieten zu dürfen; alle Volksversammlungen untersagen, alle Vereine aufheben zu können — ein Ziel, alles zu wünschen. Aber die Regierung weiß, daß man eben nicht alles machen kann, daß der Ausnahmungsantrag in

### Kleines Feuilleton.

**In der Frage der Theatersensur** hat das Oberverwaltungsgericht eine wichtige Entscheidung gefällt. Bekanntlich hatte im vorigen Jahre der Berliner Volksparlament die Genehmigung zur öffentlichen Aufführung des Schauspiels „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann der Direktion des Deutschen Theaters als ordnungspolizeilichen Gründen verweigert. Als er diese Verfügung, nachdem Erwidern in dem Schauspiel vorgenommen waren, zurück erhielt, erhob der Autor Klage. Der Reichsanwalt wies sie ab, indem er dem Bescheidenden darin beirrat, daß die öffentliche Aufführung des Stückes in Berlin und zu einer Zeit, in der die sozialrevolutionäre Bewegung noch in ihrem Wachsen begriffen, mit dem Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nicht vereinbar sei. Auf die Berufung des Klägers legte der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts am Montag unter Aufhebung der Vorentscheidung die angeforderte Verfügung außer Kraft, indem er das Vorhandensein der tatsächlichen Voraussetzungen für diese verneinte. Entscheidend für die Beurteilung seien lediglich die Verhältnisse des Deutschen Theaters, eine Aufführung des Stückes in diesem Theater lasse aber eine Gefahr für die öffentliche Ordnung nicht befürchten.

In Anbetracht wird demnach ein Verbot zur Erinnerung an Adam Riese, den bekannten Redemeyer, erachtet werden. Die überlebensgroße Bronzestatue von R. Senze-Dresden, zeigt Adam Riese im 58. Lebensjahre, in der einfachen Tracht eines Bergarbeiters. Er ist ein stattlicher Mann mit feinen Zügen und klugen, schärfer Augen. Das Haupt bedeckt eine hohe Stulpe mit schmaler Krempe, wie sie die Bergleute zu jener Zeit trugen.

### Hilflos.

Zwei der Nase. In einem Kantonshauptstädtchen der Pfalz erklärte der Lehrer den Kindern die fünf Sinne. Er sagte ihnen, daß wir die Ohren haben zum Hören, die Augen zum Sehen und fragt dann das Betende: „Was haben wir die Nase?“ Betende antwortet richtig: „Als wir sie haben kann!“ Theaterkritik. Bekannt: Unteroffizier, welche Reute haben denn getrennt als Statisten im Theater fungiert und dabei das Stück total verderben?“ Unteroffizier: „Hier der Feldmann, der Peter und der Krauswitzer.“ Kommandant: „D. Ihr vernagelten Schandhölzer! Warum kommt Ihr nicht, schämen kommt Ihr nicht, und nun kommt Ihr nicht einmal Theater spielen!“

Wien eine absolute Unmöglichkeit ist. So gerne sie viel leicht möchte, sie kann nicht; die Frauen sind jener.

Wir wünschen, daß die „Arbeiterzeitung“ Recht behalten möge.

Geriethweife verlannt, daß das „Wiener Tageblatt“ von administrativer Seite ersucht worden sei, jede Keuschung über die verfassten Anarchisten zu unterlassen, widrigenfalls dem Verleate der kaiserliche Polizeibericht verweigert würde. Die Melbung deutet auf ein schlechtes Gewissen der Polizei in Sachen des Anarchistenkomplotts.

**Eine hebesche Regierung.** Die Jüritcher „Arbeiterstimme“ druckt folgende Stelle einer Vorksaft der Jüritcher Regierung zum Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Arbeiterinnen, welche nicht unter das eigenhändige Fabrikgesetz fallen (Kadnerinnen, Feinarbeiterinnen, Kellnerinnen u. a.): „Gerade die isolierten Arbeiterinnen werden am stärksten ausgebeutet, denn die Ausnützung kann im Stillen vor sich gehen, irgend welcher Widerstand, wie er sonst infolge eines gewissen Solidaritätsgewisses noch möglich ist, kann da nicht stattfinden.“ — So die Jüritcher Regierung. Wie gefittet ist man dagegen im Reich der Sozialreform, wo nur Sozialdemokraten eine solche Sprache reden, um dafür von den Kapitalisten und ihren Bevollmächtigten nach Gebühr gehuldelt zu werden.

**Ein Schweizer Jurist über die heutige Jurisprudenz.** In einer Anrede, die Professor Stöck am Schweizerischen Juristentag in Frauenfeld hielt, kam folgende Stelle vor: „Unser Erbrecht trägt noch die Spuren vergangener Zeiten, im Völkrecht und im Strafrecht, im Prozeßrecht und im Staatsrecht. Unser eheliches Güterrecht knüpft die Frau. Unser Erbrecht liegt in den Fesseln der Form. Unser Prozeßrecht läßt den Sieg des Unrechts zu. Unser Strafrecht trägt das Antlitz der bündigen Vergeltung. Unser Staatsrecht giebt dem Armen noch alku oft Steine für Brot. Hier müssen wir ändern. Unsere Gesetzgebung ist noch zu sehr eine Gesetzgebung der Gewalt; sie soll eine Gesetzgebung der Liebe werden.“

**Der Antisemitismus** hat in Bulgarien keinen Boden. Zwar hat es nicht an Anfällen dazu gefehlt, und namentlich die hiesigen Pseudo-Sozialisten stehen im Verdachte, daß sie, die gar keinen Anhang und keine Möglichkeit haben, auf die Menge einzuwirken, es gern unternehmen möchten, auf dem Umwege über den Antisemitismus dazu zu gelangen. Bisher aber konnte man sagen, daß es in Bulgarien absolut keine professionsmäßigen Antisemiten giebt, und dies dürfte noch lange so sein. Es ist eben lächerlich, einem Volke Antisemitismus zu predigen, welches an den hier anässigen Juden, den Spaniolen, so hervorragende Beispiele von Ehrlichkeit und Arbeitsfähigkeit vor Augen hat. Die eingeborenen Juden sind handwerker: Schneider, Schuster, Schreiner, Klempner, Kaffirer, letzteres sogar in hervorragendem Maße, am allerwenigsten aber Kaufleute, denn der ganze Kleinhandel liegt in den Händen der Griechen. Unter hundert dieser Leute findet man kaum einen, dessen Einkommen das Verdienst eines besseren Arbeiters übersteigt, dennoch bleiben sie ehrsüchtig und geben vollends den Gerichten nichts zu schaffen. Die Bulgaren wissen denn auch die Tugenden dieser ruhigen, arbeitssamen Bevölkerung zu schätzen und würden wohlgerne die Antisemiten, falls diese gegen die sog. spanischen Juden, die aber ganz Bulgaren sind, auftreten wollten, stark feindselig. Nicht so gänzlich denken die Bulgaren von den einwandernden fremden Juden, und dies nicht mit Unrecht. Die Abneigung indes, soweit sie besteht, richtet sich nicht gegen die Konfession oder die Rasse, sondern gegen den fremden Ausbeuter, als welchen der Bulgare jeden Fremden betrachtet.

**Ueber die verheerenden Wirkungen** des englischen Bergarbeiterstreiks berichtet die Londoner „A. Corr.“: „Der Streik bringt allmählich die gesamte Industrie aus Hand und Band. Seit Wochen wird in der Baumwollindustrie nur „kurze Zeit“ gearbeitet. 10 000 Baumwollarbeiter mindestens sind infolge des Kohlenmangels entlassen worden. Tausende von Eisenbahn-, Eisen-, Glas- und Papierarbeitern sind drohtlos. Am meisten leidet natürlich die Eisenindustrie. In Lancashire und Yorkshire wird nicht minder in den Bergwerksschaften, sind viele Werke geschlossen worden. In Leeds und Umgebung wurden am letzten Freitag wieder mehrere bedeutende Fabriken, u. a. die große Dedensfabrik von Wormald und Walker geschlossen.“

Von anderer Seite wird berichtet: „Die Eisenbahnpagnonien allein haben durch notgezwungene Unterdrückung von Zügen zumachen schon über eine Million Pfund Sterling (20 Mill. Mark) seit Beginn des Streiks verloren. Zahlreiche Kohlenhöfen sind gelichtet; an 50 000 Porzellanarbeiter in Staffordshire sind ohne Arbeit; die Kohlenpreise sind um 60 Proz. gestiegen; kurz es sind alle Anzeichen einer wirklichen Kohlennot vorhanden.“

Seit neun Wochen sind 350 000 Bergleute Großbritannien nicht mehr anzufahren, die Fonds sind erschöpft und das Geld nicht in manchen Gegenden grauenhafte Formen an. Ein Berichtslatter der „Daily News“ macht darüber längere Mitteilungen. Einzelne seien hier wiedergegeben: „Die kleinen Gärtden der Leute haben kein Gemüse mehr. Feuerungsmaterial ist so selten geworden, daß man Hüner- und Hunderhäuter und Schweinefelle zerhacken hat, um das Holz zum Kochen zu gebrauchen. Frauen betteln nicht gerne von Thür zu Thür, sie besitzen nicht die Unverschämtheit des gewerkschaftlichen Bettlers und sind zu zaghaft allein zu betteln. Sie kommen zu zweien und dreien an eine Thür und der Erlös wird gerecht verteilt. Ich habe gesehen, wie Frauen einen Laib Brot, unmittelbar nachdem sie ihn erhalten hatten, vor der Thür des Gebers hinunterhängen — sie waren zu hungrig. Einer Frau wurden einige Pfund Kartoffeln geschenkt, allein sie erwiderte, daß sie ihr nicht viel nützen könnten, da sie kein Feuer machen könnte; ihre Kinder hätten in der letzten Zeit rohe Kartoffeln gegessen. Was die Dinge noch schlimmer macht, ist, daß das Wetter gelitten geworden ist. Wenn das zu weiter geht, müssen viele Frauen und Kinder wegen Mangel an Nahrung und künstlicher Wärme sterben.“

Unter solchen Umständen ist der Heroismus des Streikers geradezu bewundernswürdig. Leider ist das Ende des

Streiks nicht abzusehen. Hoffentlich endet der in die wirtschaftliche Verhältnisse zu tief eingreifende Streik zu gunsten der Arbeiter. Der Uebergangsdmüt der Ausländigen verdient das.

**William Calvois**, einer der eifrigsten Vorkämpfer des Sozialismus in England, ist Sonnabend vor acht Tagen gestorben. Die „Justice“ widmet ihm einen warmen Nachruf. Küßer seines Handwerks, hatte Calvois alle Leiden und Kämpfe eines Proletariats durchgemacht. Und manchem mußte er als „Tramp“ („Bagabund“) das Land durchziehen. Eine Zeit lang war er Messerschleifer, lebte aber bald wieder zu seinem Berufe zurück. Von Begeisterung für die sozialistischen Idee erfüllt, machte er für sie unermüdbare Propaganda durch Reden und Verbreiten von Schriften. Dagegen ist ein vorzüglicher Arbeiter war, der von früh bis spät hart arbeitete, und von äußerster Sparsamkeit und Mäßigkeit, hat er doch nicht dazu, sich etwas zu „eripieren“ und — er ist im Armenhaus gestorben. Vorkämpfer des Proletariats, teilte er das Proletariatslos — das Armenhaus und den Tod im Armenhaus.

**Opfer der Arbeit in England.** In das englische Labour-Departement wurden im Monat August aus den Kohlenminen von England, Wales und Schottland insgesamt 244 Unglücksfälle gemeldet, durch welche 47 Arbeiter getötet und 217 verwundet worden sind. Diese Zahlen sind aber sehr gering, verglichen mit dem Monat Juli. In diesem Monat haben in den Bergwerken Großbritannien 444 Unglücksfälle sich ereignet, durch welche 193 Bergleute ihr Leben verloren und 294 verwundet worden sind. Wir dürfen nicht wohl fest sehen, wenn wir diesen Unterschied zum großen Teil in dem ausgedehnten Kohlenstreik suchen. Im Dienste der Eisenbahnen Großbritannien fanden im Monat August 37 Beamte und Arbeiter ihren Tod und 225 erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Auch die Industrie forderte ihre Opfer und zwar wurden 36 gegen 34 im Juli durch Kesselexplosionen u. s. w. getötet, 657 verstimmt; 25 der Toten waren Männer, eine Frau, 8 männliche und 3 weibliche jugendliche Arbeiter. In den 8 Monaten dieses Jahres, verend mit dem 31. August, sind in England im ganzen verendigt (tot und verwundet): 2838 Männer, 471 Frauen, 1436 männliche, 455 weibliche „jugendliche Arbeiter“ und 200 Kinder, zusammen 5040 Personen. Auf der See erndlich betrug die Zahl der durch Schiffbruch, Zusammenstoß und sonstige Unglücksfälle ums Leben gekommenen Seeleute, Matrosen, Heizer, Trimmer u. s. w. 183. Davon entfielen auf Segler 43, auf Dampfer 140. Nicht unbegriffen sind hier die Todesfälle durch Krankheit, Selbstmord u. s. f. Seit Anfang Januar bis Ende August 1893 haben 127 britische Seeleute — wovon 617 auf Seglern, 610 auf Dampfern — ihr Leben im Dienste des Verkehrs lassen müssen.

### Parteinachrichten.

Gen. Bebel veröffentlicht im „Vorwärts“ eine längere Erklärung gegen den Redaktor des „Sozialist“, Vandauer, in welcher er es für unrichtig erklärt, daß er auf dem Jüritcher Kongreß jenen einen Sozialisten genannt habe; er habe nur den Radikalsimus Vandauer verpörrt, weil dieser im Tone eines Sozialisten (nicht Sozialisten) für die Wahrung der Interessen der Arbeitergelegenheit bei der Prüfung der Mandate in Jürit eingetreten sei.

### Lokales und Provinzielles.

#### Salle a. S., 4. Oktober.

**Die Peltolajis, Lehrer- und Emeritistenvereine** der Provinz Sachsen halten gegenwärtig, seit dem 2. bis zum 5. d. Mts., hier in der Räume der Kaiserliche ihre General-Versammlungen ab, welche in nachstehender Reihenfolge programmatisch erfolgen. Am Montag (2.) die 27. General-Versammlung des Emeritistenvereins um 4 Uhr nachmittags in kleiner Saale; am Dienstag (3.) die 21. General-Versammlung des Peltolajisvereins um 8 1/2 Uhr früh im großen Saale; am Mittwoch (4.) die 21. General-Versammlung des Lehrerevereins um 9 1/2 Uhr früh im großen Saale. Außerdem finden statt mehrere Versammlungen der Vertreter der einzelnen Vereine. Die Tagesordnungen der verschiedenen Versammlungen sind sehr reichhaltig, betreffen jedoch meistens nur innere Angelegenheiten der genannten Vereine, über welche zu berichten uns der Raum mangelt. Nach einer bereits am Montag abend 8 1/2 Uhr durch Gesang und Vorträge festgelegten Begrüßung der Teilnehmer, wurden am Dienstag früh um 9 Uhr im Beginn der General-Versammlung des Peltolajisvereins die Tagungen unter Anwesenheit der bedeutenden Anzahl von Mitgliedern oder 3 Vereine durch Gesang und Gebet, sowie durch eine Begrüßungsansprache des Herrn Oberbürgermeister Stunde eingeleitet. Die Leitung der hiernach beginnenden Sitzung führte Herr Lehrer Kluge-Dachlingburg. Vorkämpfer des Peltolajisvereins. Aus den Verhandlungen betrafen die Berichterstattung über Mitgliederarbeit, Unterhaltungen, Verwaltungskosten, Kassenführung u. s. w. ist bemerkenswert die Debatte und Abstimmung über die Anträge mehrerer Zweigvereine, betreffend die Erhöhung der Jahresbeiträge für die unverheirateten Mitglieder auf 6 M., und Verabfolgung derselben für die emeritierten Lehrer, welche noch unterfertigungsbedürftig fruchtbar haben, auf 3 M. Sowohl die Redner für als gegen die Erhöhung der Beiträge für die ledigen, besonders betont: jüngeren Mitglieder erlitten lebhafteste Befallsbesorgungen der größeren Zahl der Anwesenden, obwohl die Gegenstände in den Ausführungen der bedingten außerordentlich groß waren. Sehr gut aufgenommen wurden die Ausführungen eines Redners, welcher entgegen der Anschauung, daß die Erhöhung der Beiträge um 3 M. pro Jahr einen großen Teil der bisherigen Mitglieder zu viel sein werde und sie zum Austritt aus dem Verein veranlassen würde — wie solche Anmerkungen meistens eines Teiles der Betreffenden bereits gefallen sind — die Fähigkeit des Lehrstandes, jetzt den höheren Beitrag zahlen zu können betonte, da die Gehälter gegen 20-30 Jahre zurück ganz bedeutend gestiegen sind. Während der Erörterung Berichterlatter betonte, daß den dortigen jungen Lehrern der höhere Beitrag schwer würde, weil noch ein Privat-Unterhaltungsverein am Platze bestände, wobei diejenigen von Diben und Logran hervor, daß bei ihnen die Beiträge auf Erhöhung der Beiträge auf 6 M. gerade von den jungen Mitgliedern ausgingen. Auch Halle trat lebhaft ein für Erhöhung auf 6 M. für alle ordentlichen Mitglieder, dagegen für Herabsetzung der Beiträge für sämtliche Emeriten. Magdeburg erachtete die Angelegenheit für nicht genügend erwogen und beantragte die Zurückstellung derselben auf ein Jahr. — Bei der Abstimmung über die verordnete Beitrag entstand durch ungenügende Fragestellung ein bedeutender Zweifelsfall. Die Abstimmung selbst fand statutengemäß namentliche (nach den Sitten der Zweigvereine) und sehr getraubene. Der Antrag Magdeburg wurde abgelehnt; ebenso der Antrag Göttingen, welcher die Erhöhung für Unverheirateten auf 6 M. gleichzeitig mit der Kapitalisierung der Beiträge aus diesen Beiträgen der Unverheirateten sich annehmenden Summen verlangte. Angenommen wurde: der Antrag von Dr. Schmell-Salle: „Die unverheirateten, verheirateten und verwitweten im Amte stehenden ordentlichen Mitglieder zahlen 6 M. Jahresbeitrag.“





